



Krise in Japan führt zu Ärger um Atompolitik

dpa | Meldung vom 15.03.2011



Klasse 4

Berlin/Tokio (dpa) - Japan ist weit weg. Aber was dort Mitte März 2011 in mehreren Atomkraftwerken vor sich ging, wurde auch in Deutschland ein Riesen-Thema. Denn in dem Land in Asien wurden bei einem schlimmen Erdbeben und einer Flutwelle einige dieser Anlagen beschädigt. Danach trat Strahlung aus, die Menschen krank machen kann. Weltweit waren deshalb viele Leute besorgt. Und in Deutschland diskutierten etliche Politikerinnen und Politiker, Fachleute und andere: Wie geht es in Deutschland weiter mit Atomkraftwerken? Sollen wir diese Anlagen möglichst schnell ausschalten oder noch Jahrzehnte weiter laufen lassen?



Neu sind diese Fragen nicht. Schon seit langer Zeit wird darüber gestritten. Denn das Problem an den Atomkraftwerken ist: Sie erzeugen Strom mit Stoffen, die gefährliche Strahlung für Menschen und die Natur freisetzen. Es geht um sogenannte radioaktive Strahlen. Diese Strahlen werden im Normalfall im Innern der Atomkraftwerke gehalten. Es wäre schlimm, wenn sie in großen Mengen aus den Anlagen ins Freie gelangen - zum Beispiel bei einem Unfall.

Merkel und Co machen Rolle rückwärts

Die neuen Diskussionen machen auch der Bundesregierung viel Stress. Denn die Regierungs-Parteien CDU/CSU und FDP hatten vor einigen Monaten beschlossen: Die Atomkraftwerke sollten noch etwas länger als zunächst geplant laufen. Doch dann gab es die schlechten Nachrichten aus Japan. Und die Menschen bei uns wollten wissen: Was tun unsere Politikerinnen und Politiker, damit so etwas nicht in Deutschland passiert? Sind die Anlagen wirklich sicher? Viele Menschen gingen auf die Straße und forderten: Abschalten! Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel von der Partei CDU kündigte am 14. März erst einmal an: Die Regierung will die Pläne zu den verlängerten Laufzeiten für ein paar Monate auf Eis legen. Das heißt: Sie will die Atomkraftwerke auf ihre Sicherheit überprüfen lassen und dann noch mal über die Verlängerung nachdenken. Einen Tag später sagte Merkel noch: Außerdem sollen sieben alte Atomkraftwerke vorübergehend stillgelegt werden.

Viele Leute wunderten sich. Denn vorher ging die Politik ja in eine ganz andere Richtung. Einige Journalistinnen und Journalisten meinten deshalb: Die Regierung hat eine politische Rolle rückwärts gemacht. Manche meinten, bei der Entscheidung hätte auch eine Rolle gespielt, dass in einigen Bundesländern im März 2011 Wahlen anstehen. Und da wollen die Parteien bei möglichst vielen Wählerinnen und Wählern gut ankommen.